

**PROTOKOLL ÜBER DIE SITZUNG**  
**DER GEMEINDEVERTRETUNG KALÜBBE**

- öffentlich -

**Sitzung:**                      **vom 14. Dezember 2015**  
   **im Sportheim des SC Kalübbe**  
   **von 19:10 Uhr bis 21:20 Uhr**

**Unterbrechung:**                      **entfällt**

**Gesetzliche Mitgliederzahl:** 9

Für diese Sitzung enthalten die Seiten 1 bis 5 Verhandlungsniederschriften und Beschlüsse mit den lfd. Nr. 1 bis 7.

---

**Anwesend:**

a) Stimmberechtigt:  
    BGM Günter Schnathmeier  
    als Vorsitzender

    GV Jan Gerstandt  
    GV Florian Joost  
    GV Björn Rüter  
    GV Matthias Saggau  
    GV Hans Solterbeck  
    GV Frank Tietgen

b) nicht stimmberechtigt:  
    Protokollführung:      Frau Harder, Amt Großer Plöner See  
    Zuhörer/innen: 2

---

Es fehlten: GV Kai Ellen, GV Gerald Pries

---

Die Mitglieder der Gemeindevertretung Kalübbe waren durch Einladung vom 30.11.2015 zu Montag, 14. Dezember 2015 um 19:00 Uhr unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen worden.

Der Bürgermeister stellte bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Ladung keine Einwände erhoben wurden.

Die Gemeindevertretung war nach Anzahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Tag, Zeit und Ort der Sitzung waren öffentlich bekannt gegeben worden.

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**

---

**Tagesordnung:**

1. Änderung / Ergänzung der Tagesordnung
2. Niederschrift vom 10. November 2015
3. Bekanntgaben des Bürgermeisters
4. 2. Nachtrag zur Satzung der Gemeinde Kalübbe über die Erhebung einer Hundesteuer
5. Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016
6. Oberflächenentwässerung Bahnhofstraße
7. Einwohnerfragestunde
8. Anfragen

---

Nach Verlesung der Tagesordnung wurden folgende Einwände erhoben bzw. Ergänzungen und Dringlichkeitsanträge eingebracht:

Siehe TOP 1 der Niederschrift

*Somit ergibt sich folgende neue Tagesordnung:*

**TAGESORDNUNG:**

1. Änderung / Ergänzung der Tagesordnung
2. Niederschrift vom 10. November 2015
3. Bekanntgaben des Bürgermeisters
4. 2. Nachtrag zur Satzung der Gemeinde Kalübbe über die Erhebung einer Hundesteuer
5. Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016
6. Einwohnerfragestunde
7. Anfragen

---

Die Verhandlungen fanden in öffentlicher Sitzung statt.

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**

---

**TOP 1****Änderung / Ergänzung der Tagesordnung**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Bürgermeister Schnathmeier bringt folgenden Änderungsantrag zur Tagesordnung vor:  
TOP 6 soll abgesetzt werden, da die erforderlichen Messungen nicht durchgeführt werden konnten.

**dafür: 7****dagegen: 0****Enthaltungen: 0**

*Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.*

**TOP 2****Niederschrift vom 10. November 2015****Beschluss:**

Es werden keine Einwendungen vorgebracht. Die Niederschrift wird genehmigt.

**dafür: 7****dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 3****Bekanntgaben des Bürgermeisters**

BGM Schnathmeier berichtet über folgende Themen:

- Seniorenfeier am 05.12.2015
- Kostenausgleich externe Kindergärten
- Feuerwehrangelegenheiten
- Kindergartenangelegenheiten
- Kosten Klageverfahren Fracking
- Erhöhung Nivellierungssatz für Grundsteuern
- Verbandsversammlung Gewässerunterhaltungsverband am 11.12.2015
- Wasserschaden Duschen Sportheim
- Fehlbedarfzuweisung Dersau

**TOP 4****2. Nachtrag zur Satzung der Gemeinde Kalübbe über die Erhebung einer Hundesteuer****Beschluss:**

Der 2. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer wird beschlossen.

**dafür: 7****dagegen: 0****Enthaltungen: 0****TOP 5****Haushaltsplan und Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016**

Es erfolgt eine ausführliche Aussprache und Erläuterung des Haushaltes. Im Anschluss verliert GV Rüter seine *anliegenden* Ausführungen und appelliert an die Gemeindevertreter, ein Zeichen zu setzen und für die Möglichkeit 3 seiner Ausführungen zu stimmen.

Es folgt eine hitzige Diskussion.

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**


---

Anschließend ergehen folgende Beschlüsse:

1. Die Hebesätze werden ab dem 01.01.2016 wie folgt festgesetzt:

- Grundsteuer A 100 %
- Grundsteuer B 100 %
- Gewerbesteuer 200 %

**dafür: 5**

**dagegen: 2**

**Enthaltungen: 0**

2. Dem / Der

- Investitionsplan 2016
- Finanzplan 2016
- Stellenplan 2016
- Haushaltsplan 2016
- Haushaltssatzung 2016

wird mit folgenden Änderungen zugestimmt:

| HHStelle     | Rubrik               | Bezeichnung                 | Betrag<br>alt | Betrag<br>neu |
|--------------|----------------------|-----------------------------|---------------|---------------|
| 02000.655000 | Hauptamt             | Gerichts- und Anwaltskosten | 2.200 €       | 300 €         |
| 13000.414000 | Gemeindewehr         | Tariflich Beschäftigte      | 1.800 €       | 0 €           |
| 13000.434000 | Gemeindewehr         | VBL-Beiträge                | 200 €         | 0 €           |
| 13000.440000 | Gemeindewehr         | Sozialversicherung          | 600 €         | 0 €           |
| 21100.672000 | Grundschulen         | Schulkostenbeiträge         | 2.000 €       | 3.500 €       |
| 28120.672000 | Gemeinschaftsschulen | Schulkostenbeiträge         | 7.200 €       | 3.500 €       |
| 28500.672000 | Waldorfschulen       | Schulkostenbeiträge         | 0 €           | 2.000 €       |
| 46400.414000 | Kindergarten         | Tariflich Beschäftigte      | 1.700 €       | 3.700 €       |
| 46400.434000 | Kindergarten         | VBL-Beiträge                | 100 €         | 300 €         |
| 46400.444000 | Kindergarten         | Sozialversicherung          | 500 €         | 1.100 €       |
| 46400.500000 | Kindergarten         | Unterhaltungskosten         | 500 €         | 1.500 €       |
| 88000.414000 | Gemeindehaus         | Tariflich Beschäftigte      | 2.000 €       | 1.900 €       |
| 90000.000010 | Steuern und Umlagen  | Grundsteuer A               | 19.200 €      | 6.500 €       |
| 90000.001000 | Steuern und Umlagen  | Grundsteuer B               | 55.800 €      | 18.900 €      |
| 90000.003000 | Steuern und Umlagen  | Gewerbeertragsteuer         | 25.000 €      | 16.100 €      |

Die Hebesätze werden wie folgt festgelegt:

- Grundsteuer A 100 %
- Grundsteuer B 100 %
- Gewerbesteuer 200 %

**dafür: 5**

**dagegen: 1**

**Enthaltungen: 1**

---

**VERHANDLUNGSNIEDERSCHRIFT UND BESCHLUSS**

---

**TOP 6**

**Einwohnerfragestunde**

Dirk Schlösser:

Die Schlösser in den Schränken der Feuerwehr wurden auf Kosten der Feuerwehr komplett erneuert.

Jan Gerstandt:

Ist eine Jugendwehr vorhanden?

*In der nächsten Woche finden Gespräche statt. Es müssten mindestens 9 Kinder eintreten. Bisher sind 11 Kinder interessiert.*

**TOP 7**

**Anfragen**

Keine Anfragen.

**BÜRGERMEISTER**

*Günter Schnathmeier*

**PROTOKOLLFÜHRERIN**



*Hellen Harder*

**Anlagen zum Protokoll:**

**zu TOP 5:** Ausführungen zur Haushaltsplanung 2016 von GV Rüter

## **Haushaltsplanung 2016**

### **Ein Affront gegen ländliche Strukturen**

Sehr geehrte Kollegen

Lassen Sie mich aufgrund der desolaten Haushaltslage und des daraus resultierenden Haushaltplanes folgende Worte mit anschließenden Antrag an Sie richten:

Die Rot Grün Blaue Landesregierung hat durch Änderung des Finanzlastenausgleichsgesetzes einen weiteren (von vielen) Schritten gewagt um die ländliche Region nachhaltig zu schwächen.

Diese Regierung hält uns demographische Gutachten vor, die nie stimmten und zudem durch die aktuelle Flüchtlingssituation in unserem Land eh torpediert werden.

Sie versuchen den kleinen Kommunen, den politischen Gremien, Amtsstrukturen und unseren Bürgern durch Landesentwicklungspläne, Gebietsreformen und Finanzlastenausgleichsgesetze nachhaltig zu destrukturieren.

Sie wollen uns jegliche finanzielle Luft rauben um Ihre mehrfach gescheiterten Gebietsreformen durch die Hintertür einzuführen.

Sie wollen, dass wir den Bürger weiter mit höheren Steuern belasten

Sie wollen, dass wir unsere Straßen und Gebäude verrotten lassen müssen

Sie wollen, dass wir unsere Vereine und Vereinigungen nicht mehr finanzieren können und die Kultur in den kleinen Gemeinden quasi zum Erliegen kommt.

Und wenn diese Regierung das erreicht hat, dann hat Sie ihre Ziele erreicht:

Forcieren der Landflucht!

Aussterben kleiner Orte!

Umsiedelung in Zentralorte und Städte!

Was resultiert daraus? Unsere Ländereien, Grundstücke und Immobilien werden sukzessive an Wert verlieren, Mieteinheiten nicht mehr rentabel zu vermarkten sein während sich die Städte dieses Landes um Mietpreisbremsen Gedanken machen müssen. Ironischer Weise macht sich eben diese Regierung für Hunderte Millionen Euro verschlingende Projekte, wie Regionalbahnen und Zugstrecken stark um die ländliche Struktur zu stärken, die gerade von ihnen zerstört wird.

Nun stehen wir als Vertreter der Bürger dieser Gemeinde vor der Wahl:

Machen wir es den Kollegen aus Dersau gleich?

Heben wir die Steuern auf das geforderte Maß an um jährlich einer Fehlbedarfszuweisung hinterher zu betteln?

Wer sich den Haushalt durchgelesen hat sieht, dass selbst das Streichen sämtlicher freiwilligen Leistungen niemals das Defizit auch nur annähernd ausgleicht.

Welche Möglichkeiten haben wir?

1. Anheben der Steuern, streichen der freiwilligen Leistungen----- führt wie eben erwähnt zu gar nichts, außer dass wir jährlich betteln.  
**Sollten wir diesen Beschluss fassen, dann tragen wir die Politik dieser Regierung mit**
2. Anheben der Steuern, streichen der freiwilligen Leistungen einschl. der Leistungen an die Feuerwehr.  
Dann würde die Feuerwehr binnen 2 bis 3 Monaten nicht mehr einsatzfähig, das Defizit jedoch immer noch nicht ausgeglichen sein
3. Senken der Grund- und Gewerbesteuern auf das gesetzlich vorgegebene Mindestmaß. Dieses um ein Zeichen zu setzen, sodass oben ebenfalls weniger ankommt.

Nun kann man zu dem letzten Punkt sagen, dass wir damit den Schuldenberg für unsere Nachfahren vergrößern.

**Mit Nichten sind wir es! Die Landesregierung und kein anderer!**

Mir ist durchaus klar, dass die Kommunalaufsicht vor allem das 3. Modell nicht genehmigen wird.

Ich bin aber der festen Überzeugung, dass wir auch als kleine Gemeinde auch wenn man uns Klein Gallien nennen mag ein Zeichen zu setzen haben.

Wir sind in erster Linie den Bürgern dieser Gemeinde verpflichtet und nicht der Landesregierung

Wir sind auch allen ehrenamtlich tätigen Bürgern verpflichtet, die das Leben in dieser Gemeinde aber auch in allen anderen Gemeinden lebenswerter machen als in so manch einer Stadt!!

Ich frage euch:

Wofür setzen wir uns abends hin, prüfen Ingenieursgutachten und relativieren die Kostenschätzung von theoretischen 45000 Euro auf praktische 4000 Euro?

Wofür treffen wir uns während der Arbeitszeit in der Freizeit mit Firmen um Reinigung von Gräben, Instandhaltung von Straßen und Gebäuden zu besprechen und die Kosten niedrig zu halten?

Wofür setzen wir uns in Organisationen z.B. gegen Fracking und TTIP ein um diese Region gesund am Leben zu erhalten?

Wofür engagieren wir uns ehrenamtlich für den Brandschutz für eine agile Gemeinde für kulturelles Zusammenleben, für Jugend- und Seniorenarbeit?

Dafür, dass wir uns von dieser Landesregierung unterjochen lassen?

Ich plädiere für den Punkt 3!

Solange bis das Land auf uns kleine Gemeinden zukommt, solange bis das Land merkt, dass Wählerschaft auch auf hier vorhanden ist und nicht nur in Zentralorten und Städten.

Kalübbe,  
14.12.2015

Björn Rüter